Häffner · Nachkriegszeit in Südwürttemberg

Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland

Herausgegeben von
Dieter Langewiesche und
Klaus Schönhoven

Band 8

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Michaela Häffner

Nachkriegszeit in Südwürttemberg

Die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettnang in den vierziger und fünfziger Jahren

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Gedruckt mit Unterstützung der Stadt Friedrichshafen und des Landratsamtes Bodenseekreis

Die Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

Häffner, Michaela:
Nachkriegszeit in Südwürttemberg : die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettnang in den vierziger und fünfziger Jahren / Michaela Häffner. – München : Oldenbourg, 1999
(Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland ; Bd. 8)
Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1998
ISBN 3-486-56457-9

© 1999 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild:
Die zerstörte Stadt Friedrichshafen mit „Zeppelinbrunnen", St. Nikolaus-Kirche und Rathaus. Photo Bockelmann, Langenargen

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: WB-Druck, Rieden am Forggensee

ISBN 3-486-56457-9

Inhalt

Danksagung 9

Einleitung 11

I. Umbruchszeit: Vom Krieg zum Frieden

1. Der Kreis Tettnang vor 1945 24

1.1. Die Gemeindereform vom 1. April 1937 24

1.2. Die sozioökonomische Entwicklung im Kreisgebiet 27

1.3. Die Friedrichshafener Industrie im Nationalsozialismus 34

2. Befreier und Besatzer 43

2.1. Übergabe der Stadt 43

2.2. Installierung einer französischen Besatzungsverwaltung 45

2.3. Die Bevölkerung 48

3. Fischerdorf oder Industriezentrum? Deutsche und alliierte Nachkriegspläne und die Neuordnung der Industrie 51

3.1. Kommunalisierung statt Sozialisierung? Die Zeppelin-Stiftung 56

3.2. Konzeptionen zur Neuordnung der Industriebetriebe: Maybach-Motorenbau, Zahnradfabrik, Luftschiffbau Zeppelin und Dornier-Werke 60

4. Aufbau der deutschen Stadt- und Kreisverwaltung 84

4.1. Die Friedrichshafener Bürgermeister von der Weimarer Republik bis in die Nachkriegszeit 85

4.2. Stufen der Demokratisierung: Vom »Komitee« zum Gemeinderat 96

4.3. Aufbau der Kreisverwaltung 105

II. Prüfstein Demokratie

1. Parteien 116

1.1. Parteienbildung, Parteienlandschaft 116

1.2. Wahlen und Wählerverhalten 131

2. Wiederaufbau der Gewerkschaften 144

2.1. Drei Phasen des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus 147

2.2. Standortbestimmung, Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume 157

2.3. Die Betriebsräte 162

3. Ein brennendes Problem der Zeit: die Entnazifizierung 171

3.1. Entnazifizierungsmaßnahmen bis zum Oktober 1945 174

3.2. Die Einrichtung von Entnazifizierungsausschüssen für den öffentlichen Dienst und die freie Wirtschaft 182

3.3. Die Praxis der Entnazifizierung auf lokaler Ebene: Beispiele aus dem öffentlichen Dienst 185

3.4. »Neuer Name, neue Männer, neues Programm und Sozialisierung«? Die Entnazifizierung der Wirtschaft 194

3.5. Ein »cas scandaleux«: Die Sieger- bzw. Maybachstraße 205

3.6. Der Abschluß der Entnazifizierung 206

4. Schlaglichter kulturellen Lebens 210

4.1. Pressewesen: Die »Schwäbische Zeitung« 210

4.2. »Pflege unvergänglicher Werte«: Kulturelle Aktivitäten in Friedrichshafen 217

4.3. Simultan- oder Bekenntnisschulen? Reformen im Bildungswesen 221

III. Lebens- und Arbeitswelt der Umbruchsgesellschaft

1. Verwaltung der Not: Die Wohnraumbewirtschaftung 229

2. Arbeit im Zeichen von Demontagemaßnahmen und »Wirtschaftswunder« 236

2.1. Wie schon im Krieg: Arbeitskräftemangel in der unmittelbaren Nachkriegszeit 237

2.2. Der »Währungsschnitt« und die soziale Lage der Arbeiter 242

2.3. Technischer Fortschritt, Entfremdung und »Vermassung« des Arbeiters als Problem der fünfziger Jahre: Die Werkzeitschrift »Der ZF-Ring« 247

3. Betriebliche Wohlfahrt und Sozialversicherung 251

3.1. Ein Geburtstagsgeschenk an die Arbeiterschaft von Friedrichshafen: Die »Zeppelin-Wohlfahrt GmbH« 251

3.2. Die Betriebskrankenkassen des Luftschiffbau Zeppelin, des Maybach-Motorenbau und der Zahnradfabrik 256

4. Flüchtlinge, Vertriebene und Ausgewiesene im Kreis Tettnang 262

4.1. Anfangs noch freudig erwartet: Die Flüchtlingsaufnahme von April 1946 bis 1950 262

4.2. Zuspitzung der Flüchtlingsproblematik und soziale Lage der Neubürger ... 269

5. Dorfgesellschaft im Wandel: »Zeitgeist« und Flüchtlingszustrom im Spiegel katholischer Visitationsberichte 276

Schlußbetrachtung 285

Abkürzungen 291

Tabellenverzeichnis 294

Quellen- und Literaturverzeichnis 296

Personenregister 318

Ortsregister 322

Danksagung

Das Manuskript dieses Buches wurde im Wintersemester 1996/97 von der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Es entspricht nicht nur gutem Brauch, sondern auch meinem aufrichtigen Wunsch, wenn ich mich bei all jenen bedanke, die diese Arbeit begleitet haben. Ich hatte das Glück, in Prof. Dr. Dieter Langewiesche einen jederzeit verständnisvollen, kritischen und engagierten Doktorvater zu finden. Ihm gilt mein besonderer Dank. Ferner danke ich Dr. Cornelia Rauh-Kühne, welche sich die Mühe machte, Teile des Manuskripts zu lesen und mich mit kontruktiver Kritik auf Ungenauigkeiten und Fehler hinzuweisen. Wertvolle Anregungen und Hinweise, die von der Verfasserin gerne in die Endfassung aufgenommen wurden, steuerte außerdem Prof. Dr. Peter Ullmann als zweiter Gutachter bei. Ihm sowie allen, die mich bei der Endredaktion des Textes unterstützt haben, sei herzlich gedankt: Dr. Astrid Gehring und Dr. Eckhard Trox für eine letzte Durchsicht des Manuskripts sowie Stefan Leßmann für die Erstellung eines Registers und Layout-Arbeiten.

Freundliche und engagierte Förderung erfuhr ich durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der von mir besuchten Archive und Bibliotheken. Ihnen gilt mein ausdrücklicher Dank.

Zu danken habe ich schließlich meinem privaten Freundeskreis für alle Ermunterungen und verständnisvollen Rücksichtnahmen während der letzten Jahre.

Zur Verwirklichung meines Dissertationsprojektes trug ein Stipendium der Graduiertenförderung des Landes Baden-Württemberg bei. Eine großzügige finanzielle Förderung erfuhr das Projekt außerdem durch Druckkostenzuschüsse der Stadt Friedrichshafen sowie des Landratsamtes des Bodenseekreises.

Meinen Eltern gebührt schließlich der herzlichste Dank für ihre vielseitige Unterstützung und ihren oft ermutigenden Zuspruch. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Tübingen, im April 1997.

Einleitung

I.

Die Erforschung der jüngsten deutschen Zeitgeschichte erfuhr in den letzten Jahrzehnten in mehrfacher Hinsicht Impulse, welche bis heute zu einer thematischen und methodischen Vielfalt innerhalb der Historiographie führten. In den fünfziger und sechziger Jahren konzentrierte sich die geschichtswissenschaftliche Forschung auf Themenbereiche, die sich vor allem mit den politischen Entstehungsbedingungen der Bundesrepublik Deutschland, dem Regierungssystem, der Teilung des Staates, den Verlusten der Ostgebiete oder der Person Adenauers beschäftigten. Zu Beginn der siebziger Jahre traten neben die traditionelle Historiographie, welche Nationalsozialismus und Nachkriegszeit als getrennte Epochen erforschte und, entsprechend dem Empfinden der Zeitgenossen, das Jahr 1945 als tiefe Zäsur interpretierte, verstärkt struktur- und sozialgeschichtliche Ansätze. Der Formel von der »Stunde Null«, die ein politisch-ökonomisches Vakuum in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie einen »Neubeginn« und damit verbundenen Bruch mit dem Nationalsozialismus betonte, setzten nun junge Historiker die »Restaurationsthese« entgegen[1]. Die »Restaurationsthese« mit ihrer bis in die vierziger Jahre reichenden Tradition[2] behauptete eine starke gesellschaftliche und ökonomische Kontinuität von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik hinein. Die Frage war dann, welche Faktoren 1945 dafür verantwortlich zu machen seien, daß die »Restauration«, also die Wiederherstellung einer kapitalistischen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftsordnung, sich in Westdeutschland durchsetzen konnte.[3]

Dieses Interpretationsmuster blieb von Anfang an nicht unwidersprochen. Der Politikwissenschaftler Richard Löwenthal betonte weiterhin eine starke Diskontinuität: »In Wirklichkeit waren Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der untergegangenen Hitlerdiktatur, sondern auch gegenüber der Weimarer Republik und dem Kaiserreich [...]. Zum ersten Mal entstand auf deutschem Boden, auf dem Hintergrund einer liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung, eine im

---

[1] Einen Überblick über die Diskussion bietet: Wolfgang Benz, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Probleme und Tendenzen zeitgeschichtlicher Forschung in der Bundesrepublik, in: TAJB 16 (1987), S. 398-422. Die »Metapher von der „Stunde Null"« sei, so Benz, »bei Kriegsende auch als Formel der Hoffnung verstanden worden, als Synonym der Erwartung, daß nach dem Untergang der NS-Herrschaft ein neuer Anfang ohne Rücksicht auf überkommene Traditionen erfolgen könne«, ebd., S. 404.

[2] Der Begriff wurde bereits 1946 von Hans Werner Richter verwendet, siehe Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1945, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1979 (erstmals 1975), S. 141-168, hier S. 141.

[3] So untersuchte ein Autorenkollektiv Anfang der siebziger Jahre die »Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949«, und unter der Fragestellung nach Kontinuität und Wandel, Tradition und Neubeginn, Restauration oder Neuordnung entwickelte sich die Forschungsdiskussion zunehmend kontrovers; vgl. hierzu die mit dem Titel bereits zitierte Publikation von Ernst-Ulrich Huster u.a., Frankfurt a.M. 1972.

westlichen Sinne bürgerliche Lebensform, gleich weit entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit.«[4] Der Soziologe Ralf Dahrendorf untersuchte dagegen bereits in den sechziger Jahren die nationalsozialistische Zeit unter dem Aspekt der Modernisierungsleistungen und regte damit eine epochenübergreifende Sichtweise auf die NS- und Nachkriegszeit an.[5] Kritik äußerten auch Lutz Niethammer, der die Restaurationsthese als zu undifferenziert verwarf[6], sowie Jürgen Kocka, wobei dieser die Gegenüberstellung der Frage nach »kapitalistischer Restauration« oder »demokratischem Neubeginn« grundsätzlich ablehnte.[7] Den Begriff »Restauration« hielt er für ungeeignet, weil seiner Ansicht nach »die privatwirtschaftliche Grundstruktur 1945 gar nicht gestört oder tiefergreifend verändert wurde« und somit eher der Begriff »Kontinuität« in Bezug auf Wirtschaftsordnung und Bürokratie im Nachkriegsdeutschland zutreffend sei. Den Gegensatz zwischen »kapitalistischer Kontinuität« und »demokratischem Neubeginn« hob er auf und vertrat die These, daß beides nebeneinander stattfand. Neuansätze und Kontinuitätsbrüche seien allerdings erst mit den Veränderungen und Reformen in den sechziger und frühen siebziger Jahren erkennbar geworden, welche in dieser Form ohne die Traditionsbrüche durch Diktatur, Krieg und Zusammenbruch nicht möglich gewesen wären.

Mit Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist für Archivalien erfuhr der sozialwissenschaftliche Ansatz in der Geschichtswissenschaft neue Impulse und ließ die These einer Restauration, die letztlich noch der politikwissenschaftlichen Interpretation der Nachkriegszeit - wenn auch mit anderen Ergebnissen als in den fünfziger und sechziger Jahren - verbunden war, in den Hintergrund treten. Es hatte sich auch gezeigt, daß der diffus verwendete Begriff der »Restauration«[8] der komplexen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit nicht gerecht wurde. Hans-Peter Schwarz setzte deshalb dem Interpretationsmuster der fünfziger Jahre als restauratives Jahrzehnt die These von einer »aufregenden Modernisierung« entgegen und forderte eine Analyse der Nachkriegszeit unter Modernisierungsaspekten.[9] Erste richtungsweisende Ergebnisse erschienen 1983 in dem von Werner Conze und M. Rainer Lepsius herausgegebenen Band zur »Sozialgeschichte der Bundesrepublik

---

4 Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 10f.

5 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965 [u.ö.], S. 431-448. Von einem durch die nationalsozialistische Herrschaft ausgelösten grundlegenden Modernisierungsschub ging auch David Schoenbaum bereits Mitte der sechziger Jahre aus: ders., Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen, 2. Aufl., München 1980 (engl.: 1966/1967).

6 Lutz Niethammer, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes, in: VfZ 21 (1973), S. 177-191.

7 Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, S. 166f.; zu nachfolgenden Ausführungen vgl. S. 141-168. Zu dieser Diskussion siehe auch die Studientexte von Fromme, Niclauß, Dirks u. Pirker, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982, S. 45-90.

8 Die häufige und vielseitige Verwendung des Begriffs ließ zunehmend unklar werden, welche politischen, ökonomischen, sozialen oder kulturellen Elemente aus welcher Zeit, der Weimarer Republik oder der Zeit des Nationalsozialismus, in der Nachkriegszeit restauriert worden sein sollen.

9 Hans Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 375; ders., Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Kurt Düwell/Wolfgang Kullmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 278-293; ders., Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - Herausforderung für die Forschung, in: Apuz, B 36 (1982), S. 3-16.

Deutschland«.[10] Vor allem die Untersuchungen von Josef Mooser zur Sozialstruktur der Arbeiterschaft, von Jürgen Kocka und Michael Prinz zu den deutschen Angestellten sowie Hans Günter Hockerts zur Rentenversicherung waren wichtige Beiträge für einen zäsurübergreifenden Blickwinkel unter Einbeziehung der Sozialgeschichte nicht nur des ersten Nachkriegsjahrzehnts.[11] Es folgten weitere Publikationen, die nun verstärkt »moderne« Elemente der Nachkriegsgesellschaft herausarbeiteten, so daß Rudolf Morsey schließlich, ganz im Gegensatz zur Restaurationsthese, von einer »neuen Gesellschaft« sprach.[12]

Ein wichtiges Ergebnis der empirischen Forschung, das zu einer Neubelebung der Diskussion um die Kontinuität von Nationalsozialismus und Nachkriegszeit und zugleich zu einer expliziten Akzentverschiebung in der Bewertung der Zeit nach 1945 führte, erfolgte 1988 mit der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse eines Historikerteams des Instituts für Zeitgeschichte. Schon der Buchtitel »Von Stalingrad zur Währungsreform«[13] signalisierte eine andere Sichtweise: Die Trennlinie 1945 wurde als Zäsur relativiert und zugleich in veränderter Weise bestätigt. In sozialhistorischer Perspektive erschien nun die Endphase des Krieges als Beginn einer tiefgreifenden Transformation. Schon 1942/43, so lautete die zentrale These, »erfuhr die innere Abkehr weiter Teile der deutschen Bevölkerung von der Ideologie des Nationalsozialismus [...] ihre entscheidende Beschleunigung, noch im Krieg kamen Erosion und Mobilisierung überkommener Gesellschaftsstrukturen in Gang.«[14] Die nachfolgende Zeit habe jedoch in mehrfacher Hinsicht eine »revolutionäre Dimension« erlangt: Die Zerschlagung des Deutschen Reiches, der Verlust der Ostgebiete, die Völkerwanderung im Zuge von Flucht und Vertreibung, die Entmachtung der alten aristokratischen Oberschicht und die Besatzungsjahre nach Kriegsende hätten »eine stark nivellierte „Notstandsgesellschaft"« entstehen lassen, »in der rückblickend schon die Umrisse der Mittelstandsgesellschaft der Bundesrepublik« zu erkennen seien. Das Ergebnis der Einzelstudien sei der Nachweis, »daß die Gesellschaftsgeschichte der Not- und Umbruchszeit nicht synchron mit der politischen Geschichte verläuft«.[15] Neben einer

---

[10] Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.

[11] Josef Mooser, Abschied von der »Proletarität«. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive; Jürgen Kocka/Michael Prinz, Vom »neuen Mittelstand« zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik; Hans Günter Hockerts, Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889-1979, in: ebd., S. 143-186, 210-255 u. 296-323.
Zu den frühen Publikationen, die neben politischen auch sozial- und kulturgeschichtliche Aspekte mit einbezogen, gehörten u.a. Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden, Frankfurt a.M. 1983 [seit 1989 erweitert in vier Bänden], sowie Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982.

[12] Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1990 [zitiert nach der Erstauflage 1987], S. 45. Axel Schildt übt an dieser Entwicklung scharfe Kritik, indem er anhand zahlreicher Zitate aus der Forschungsliteratur von einer schlichten »Umkehrung der „Restaurations"-Optik« spricht, die wiederum nicht der Komplexität der historischen Prozesse gerecht würde; vgl. Axel Schildt, Moderne Zeiten: Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 20f.

[13] Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform: Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, 3. Aufl., München 1990.

[14] Ebd., Einleitung S. XXVff.

[15] Ebd., S. XXX. Eingebunden ist diese Diskussion in den sog. »Historikerstreit« und die konträre Auseinandersetzung über einen »deutschen Sonderweg«, beide Bereiche münden in die Frage nach dem Zusammenhang von Krisen und Modernisierung.

starken Relativierung der Zäsur von 1945 lag ein Verdienst dieser Publikation auch darin, den seit Mitte der achtziger Jahre heftig geführten Methodenstreit um die »Oral History« zu entschärfen und den vor allem von Lutz Niethammer vertretenen alltagsgeschichtlichen Ansatz fruchtbar in die Sozialgeschichte zu integrieren.

Die neuerlich entflammte Kontinuitätsdiskussion weist über den mit der »Restaurationsthese« erreichten Stand hinaus. Gefragt wird nach jenen Faktoren, die eine umfassende Modernisierung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichten und somit eine bloße Restauration gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen negiert.[16] Die Betrachtung des Zeitraumes zwischen 1943 und 1948 als einer revolutionären Phase mit epochalem Einschnitt blieb nicht unwidersprochen. Der These Broszats ließe sich, so der Einwand Arnold Sywotteks, entgegenhalten, daß »die entscheidenden Impulse für die tatsächliche Ausformung des westdeutschen Sozialstaates« erst in die Zeit nach der Währungsreform fielen: durch den Koreakrieg, die Einbindung in den Marshallplan und die Montanindustrie.[17] Aufgrund seiner eigenen Forschungsergebnisse sieht Sywottek eher den Ansatz von Werner Conze und M. Rainer Lepsius und somit eine Betonung der Kontinuität als die Deutungsmuster von Broszat bestätigt. Bestärkt würde diese Position durch alltags- und erfahrungsgeschichtliche Forschungsergebnisse, wie sie von Lutz Niethammer über das Ruhrgebiet vorgelegt wurden.[18] In den fünfziger Jahren sieht Axel Schildt das langsame Auslaufen einer Epoche, welche nicht schon mit der Währungsreform endete.[19] Gleichzeitig fanden aber auch Entwicklungen statt, die schon auf die sechziger und siebziger Jahre hindeuteten und erst in diesen Jahrzehnten ihren Ausdruck fanden. Dieses Spannungsverhältnis von »Altem« und »Neuem« ist bislang noch nicht ausreichend untersucht. Die künftigen Forschungsanstrengungen werden sich auch weiterhin auf die Frage konzentrieren, in welchem Verhältnis die bundesrepublikanische Sozialgeschichte zwischen Kontinuität und Diskontinuität zu verorten ist und inwieweit von einer Sozialgeschichte der »Umbrüche« gesprochen werden kann. Während sich dabei die Ab-

---

[16] Nach wie vor konträr werden in diesem Zusammenhang die Modernisierungsleistungen des NS-Regimes diskutiert. Aus der umfangreichen Literatur seien hier genannt: Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie; Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1990, S. 31-46; Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit?, München 1988. Eine umstrittene Position nehmen ein: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991; hierzu liegt eine Rezension von Peter Steinbach vor: Neuauflage des »Historikerstreits«? Kritische Anmerkungen zu dem Buch »Nationalsozialismus und Modernisierung«, in: Tribüne 119 (1991), S. 174-180. Peter Wehling, Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien, Frankfurt a.M. 1992.

[17] Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 36. In dieser Aufsatzsammlung werden die »langen 50er Jahre« (Werner Abelshauser) unter dem Aspekt sozialkultureller Veränderungen untersucht. Zu weiteren kritischen Argumenten siehe Heinrich August Winkler, Sozialer Umbruch zwischen Stalingrad und Währungsreform?, in: GG 16 (1990), S. 403-409, sowie Jürgen Kocka, »Der Bruch war tiefer als 1918/19. Jürgen Kocka über den Sammelband »Von Stalingrad zur Währungsreform«, in: Der Spiegel Nr. 36/1988, S. 45-54.

[18] Gemeint sind damit drei Bände einer Reihe mit dem für die Zäsurdiskussion programmatischen Titel »Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960«: Lutz Niethammer (Hrsg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrung im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983; ders. (Hrsg.), »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist«. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983; ders./Alexander von Plato (Hrsg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin/Bonn 1985.

[19] Schildt, Moderne Zeiten, S. 32f.

schwächung der politischen Zäsur von 1945 auf einen breiten wissenschaftlichen Konsens stützen kann, werden derzeit unter Berücksichtigung der neueren sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsergebnisse mögliche »Zäsuren nach 1945« diskutiert, wie Martin Broszat eine Aufsatzsammlung zur Periodisierung der Nachkriegsgeschichte titulierte.[20]

Die Entwicklung in der Sozialgeschichte führte zu neuen Fragestellungen bei der Erforschung der Nachkriegszeit im allgemeinen und, in engerem Sinne, bei der Frage nach den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen während der Besatzungszeit, der Nahtstelle zwischen dem Ende des NS-Regimes und der zweiten deutschen Republik. Mit dem Abrücken von einer gesamtstaatlichen und politikgeschichtlichen Betrachtung der Zeit nach 1945, flankiert von den Ergebnissen der Sozial- und Alltagsgeschichte, gewannen in den letzten Jahren kleinräumige regionale Einheiten an Interesse. Dies trägt dem Umstand der föderativen Grundstruktur der deutschen Geschichtslandschaft Rechnung. Regional angelegte Untersuchungen haben den Vorteil, allgemeine Entwicklungstendenzen innerhalb einer Gesellschaft von räumlichen Besonderheiten unterscheiden zu können. Dies gilt in besonderem Maße für die unmittelbare Nachkriegszeit, als das wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Leben nicht nur durch die jeweiligen alliierten Besatzungsverwaltungen geprägt war, sondern auch innerhalb der einzelnen Besatzungszonen von Land zu Land erhebliche Unterschiede feststellbar sind.

Ein wissenschaftliches Interesse an der Französischen Besatzungszone (FBZ) setzte - nach intensiven und dominierenden Untersuchungen zu den amerikanisch besetzten Ländern - relativ spät ein. Das lag zum einen daran, daß die französischen Archive lange Zeit schlecht zugänglich waren[21], zum anderen neigte die Forschung dazu, Ergebnisse der ABZ zu verallgemeinern und auf die anderen Zonen zu übertragen.[22] Erst in den achtziger Jahren erschienen Veröffentlichungen zur französischen Besatzungspolitik, die aus dem Schatten der auf die amerikanische Zone zentrierten Untersuchungen heraustraten und versuchten, den Nachkriegsverhältnissen der einst »vergessenen Zone«[23] gerechter zu werden.[24] Dabei fiel die Bilanz zunächst eher negativ aus: Theodor Eschenburg beschrieb die französische Zone als »Ausbeutungskolonie«[25], zu ähn-

---

[20] Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990.

[21] Vgl. hierzu Edgar Wolfrum, Das französische Besatzungsarchiv in Colmar. Quelle neuer Einsichten in die deutsche Nachkriegsgeschichte 1945-55, in: GWU 40 (1989), S. 84-90.

[22] Mit ein Grund sei, wie Anselm Doering-Manteuffel betont, darin zu sehen, daß in den fünfziger und sechziger Jahren die frühen Interpretationsmuster der Besatzungsjahre tendenziell von einer proamerikanischen Sicht geprägt gewesen seien, verstärkt durch einen amerikanischen Einfluß auf die Politik- und Sozialwissenschaften; vgl. ders., Entwicklungslinien und Fragehorizonte in der Erforschung der Nachkriegsgeschichte, in: ders. (Hrsg.), Adenauerzeit: Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945-1967), Bonn 1993, S. 6-30, hier S. 22.

[23] Als solche wurde die FBZ schon in der »Süddeutschen Zeitung« vom 12.11.1947 beschrieben, und sie sollte es in der zeithistorischen Forschung auch lange bleiben; vgl. Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der »vergessenen Zone« bis zur Bildung des Südweststaates 1945-1952, Düsseldorf 1991, S. 16.

[24] Ein großes Verdienst der neueren Untersuchungsergebnisse liegt auch darin, daß deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern innerhalb der FBZ herausgearbeitet werden konnten und somit die Konturen der französischen Besatzungspolitik zunehmend klarer werden. In der FBZ nahmen die Länder einen sehr viel höheren Stellenwert ein als in den zwei anderen Westzonen. Vgl. hierzu Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 17.

[25] Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart 1983, S. 96.

lichen Bewertungen kamen auch Rudolf Steininger und Rudolf Morsey.[26] Die unbestreitbaren Härten der Besatzungspolitik, welche die Erinnerungen der meisten Zeitgenossen dauerhaft prägten, waren aber nur eine Seite der Medaille. Die französische Deutschlandpolitik war eine »Politik der Widersprüche«[27], eine »ambivalente Besatzungspolitik«, in der Demokratisierungsbestrebungen und Eigeninteressen »stets Hand in Hand« gingen.[28]

Zwischen diesen Polen bewegt sich - mit unterschiedlicher Gewichtung - die neueste Forschung zur Besatzungszeit. So werden zum Beispiel für den inzwischen gut untersuchten Bereich der französischen Kultur- und Bildungspolitik die ernsthaften Demokratisierungsbestrebungen der französischen Besatzungspolitik hervorgehoben[29], während das Spannungsfeld zwischen Entnazifizierung und französischer Wirtschaftspolitik weitaus konträrer diskutiert wird.[30] Zu Beginn der neunziger Jahre untersuchte Edgar Wolfrum in einem Buchbeitrag die Frage, warum die Deutschen mehrheitlich - entgegen den nun auch positiven Befunden zur Besatzungszeit - eine bekanntermaßen negative Einstellung gegenüber der französischen Besatzung hatten.[31] Mit einer weiteren Untersuchung über politische Neuansätze in Baden und Württemberg-Hohenzollern bis 1952 wollte Wolfrum außerdem einen Ausgleich zur bislang dominierenden Forschung zu Rheinland-Pfalz schaffen.[32]

Auf die Sekundärliteratur zur französischen Zone im allgemeinen und zum Lande Südwürttemberg-Hohenzollern im speziellen wird in den einzelnen Kapitel eingegangen werden. Kann nach einer Reihe von Untersuchungen zur französisch besetzten Zone inzwischen nicht mehr von einer »vergessenen Zone« gesprochen werden, bleibt dennoch für Südwestdeutschland - und insbesondere für Südwürttemberg-Hohenzollern - nach wie vor ein Forschungsdefizit festzustellen.[33] Welche Neuordnungskonzepte hatte die französische Besatzungsverwaltung? Wie erlebte die Nachkriegsgesellschaft den Übergang von der Diktatur zur Demokratie? Welche Handlungsspielräume bestanden auf deutscher und französischer Seite? Um diese und weitere Fragen soll es in der vorliegenden Arbeit gehen.

---

[26] Rudolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1983; Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland.

[27] Klaus-Dietmar Henke, Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 30 (1982), S. 500-537.

[28] Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 334.

[29] Vgl. zuletzt dazu Stefan Zauner: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949, München 1994.

[30] Zum derzeitigen Forschungsstand sei auf die einzelnen Kapitel dieses Buches verwiesen.

[31] Edgar Wolfrum, Das Bild der »düsteren Franzosenzeit«. Alltagsnot, Meinungsklima und Demokratisierungpolitik in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Stefan Martens (Hrsg.), Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S. 87-113.

[32] Nach Ansicht Wolfrums führte die Konzentration der Forschung auf Rheinland-Pfalz zu »einigen zweifelhaften Thesen« wie die von Rainer Hudemann, der den Südwesten im Vergleich zu Rheinland-Pfalz »im Windschatten französischer Neuordnungskonzepte« sah. Vgl. Edgar Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 17.

[33] Zu »Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945-1949« (Untertitel) erschien jüngst eine Studie von Edgar Wolfrum/Peter Fäßler/Reinhard Grohnert: Krisenjahre und Aufbruchszeit, München 1996.

II.

»Nach dem Kriegsende wurde in Tübingen allen Ernstes die Frage aufgeworfen, ob sich Friedrichshafen von diesem Schicksalsschlag überhaupt jemals wieder erholen könne. Es wurde damals die Ansicht vertreten, daß die Stadt wohl auf den Status eines größeren Fischerdorfes zurücksinken würde.«[34] Mit »Schicksalsschlag« meinte Oberbürgermeister Dr. Max Grünbeck die Situation in Friedrichshafen und dem Kreis Tettnang nach dem Zweiten Weltkrieg. Am 29. April 1945 hatten alliierte Truppen die schwer zerstörte Kreisstadt besetzt. In den ersten Nachkriegsmonaten entsprach die sozioökonomische Struktur dem Stand zu Beginn des Jahrhunderts, die Einwohnerzahl war von 25.000 (1939) auf 8.000 (1945) gesunken. In den Brennpunkt des allgemeinen Interesses rückte die Zukunft des Zeppelinkonzerns. Eine Analyse der Kriegsschäden und Kriegsfolgeschäden in Württemberg-Hohenzollern, im August 1947 vom Wirtschaftsministerium in Tübingen durchgeführt, stellte der Region eine schlechte Zukunft in Aussicht: »Die durch unmittelbare Kriegshandlungen eingetretenen Schäden konzentrieren sich, soweit es die Industrie betrifft, im wesentlichen auf das Gebiet von Friedrichshafen und das benachbarte Bodenseegebiet mit den Werkstätten von Maybach, Zeppelinbau, der Zahnradfabrik Friedrichshafen und den Dornier-Werken. Hier bedeuten die Kriegsschäden einen Ausfall von 12-15.000 Arbeitsplätzen oder rund 80% der Kapazität.«[35] Vom Fortbestand des Konzerns hing die zukünftige Wirtschafts- und Erwerbsstruktur des gesamten Kreises Tettnang und der Bodenseeregion ab. Friedrichshafen war neben Oberndorf am längsten von allen Städten Südwürttemberg-Hohenzollerns von Demontagemaßnahmen bedroht.[36] Im Kreis Tettnang nahm die Stadt durch ihre Größe und wirtschaftliche Bedeutung einen herausragenden Platz in dem sonst überwiegend bäuerlich strukturierten Gebiet ein. Nahezu die Hälfte der Kreisbevölkerung fand dort ihren Broterwerb, so daß sich die Nachkriegsprobleme nicht ausschließlich in städtische und ländliche Angelegenheiten scheiden ließen. Ob Wohnungsnot, Demontage oder Flüchtlingsaufnahme, involviert war neben der Stadt- auch die Landbevölkerung in hohem Maße.

Im Spannungsfeld von alliierter Besatzungs- und deutscher Nachkriegspolitik entwickelte sich Friedrichshafen - entgegen allen Erwartungen der Zeitgenossen - zu einem Industriestandort, der der größte Arbeitgeber in der Region wurde und der Stadt zu ihrem Status als Verwaltungssitz des heutigen Bodenseekreises verhalf. An der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung waren alle administrativen Ebenen der deutschen und französischen Verwaltung beteiligt, ebenso wirkte sich die amerikanische Besatzungspolitik auf die Region aus. Zwischen den dunklen Zukunftsvisionen der Zeitgenossen und dem tatsächlichen Verlauf des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Kreis Tettnang besteht aus heutiger Sicht eine weite Kluft. Daß die pessimistischen Stimmungen nach Kriegsende jedoch weder Resignation noch Lethargie auslösten, sondern die bestehenden Handlungsspielräume genutzt wurden, zeigt diese Studie.

---

[34] StadtA FN, Notizen der Stadt Friedrichshafen für den Besuch der Staatsregierung Baden-Württemberg am 12. März 1953.

[35] StA Sig, WÜ 140, Bd. 1, Bü. 234.

[36] In den Werken des Luftschiffbau Zeppelin endete die Demontage 1950, wogegen die Demontage der Dornier-Werke 1962 noch keinen offiziellen Abschluß gefunden hatte und dann »im Sande verlief«; ebd., Bü. 573/1317.

Festzuhalten ist zunächst, daß für die Bevölkerung der Bodenseeregion die Jahre 1943 und 1944 mit ihren flächendeckenden Bombardements einen sozialen und wirtschaftlichen Einschnitt bedeuteten. Erstmals seit Kriegsbeginn war durch die Zerstörung von Wohnhäusern und Fabrikanlagen die Existenzgrundlage eines Großteils der Bevölkerung bedroht. Hier setzt deshalb die Studie ein. Gefragt wird, welche Entwicklungslinien in der Nachkriegsgesellschaft abbrachen, neu einsetzten oder tradiert wurden, ob und in welchen Bereichen die Veränderungen das Ausmaß eines Umbruchs annahmen. Anders gefragt: Was unterscheidet die Gesellschaft der Nachkriegszeit von der zuvor? Was ist als »modern« zu bezeichnen, und was bewirkte die dauerhafte Festigung einer Demokratie in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft? Anhand einer regionalen Studie soll der Mikrokosmos gesellschaftlicher Umbrüche analysiert werden: Welche Handlungsspielräume hatten die Entscheidungsträger? Wie reagierte die Bevölkerung auf die neue Zeit? Welche Ambivalenz prägten deutsche und französische Nachkriegsvisionen und Weichenstellungen?[37]

Der entgegen den Hoffnungen der Bevölkerung französisch besetzte Kreis Tettnang nahm einen hohen Stellenwert innerhalb der französischen Politik in Südwürttemberg-Hohenzollern ein. Mit den Werksanlagen der Zeppelin-Stiftung und der Firma Dornier bildete die Stadt Friedrichshafen das bedeutendste Wirtschaftszentrum in Oberschwaben und der gesamten Bodenseeregion. Deshalb bietet sich dieser Raum in besonderem Maße an, die Nachkriegskonzepte der französischen Kreis- und Landesregierung zu erforschen und zu fragen, welche Motivationen den jeweiligen Maßnahmen und Entscheidungen zugrunde lagen. In dieser Studie geht es insgesamt darum, auf Kreisebene ein möglichst breites Spektrum an Indikatoren herauszuarbeiten, die Aussagen über deutsche und französische Nachkriegskonzepte und deren Umsetzung zulassen - etwa anhand der Bereiche Industrieneuordnung, Entnazifizierung oder Sozialversicherungswesen.

Die Arbeit ist in drei Hauptteile gegliedert: Im ersten Teil wird der Übergang des Kreises von der Kriegs- in die Nachkriegszeit betrachtet, wobei ein Schwerpunkt auf demographischen Veränderungen und der Entwicklung der Industrie liegt. Im zweiten Teil geht es um gesellschaftliche Bereiche, anhand derer sich französische und deutsche Vorstellungen von einer demokratischen »Neuordnung« skizzieren und auf ihre Wirkung überprüfen lassen: die Bildung von Parteien und Gewerkschaften, die Entnazifizierung sowie die Kultur- und Bildungspolitik. Im dritten Teil der Untersuchung dominiert mehr als in den anderen Teilen eine deutsche Perspektive. Hier richtet sich das Interesse auf das Alltagsleben der Umbruchsgesellschaft mit ihren spezifischen Nachkriegsproblemen wie Wohnraumbewirtschaftung und Flüchtlingswesen; aber auch Modernisierungsprobleme im Betriebsalltag oder in der dörflichen Gesellschaft, deren Wurzeln vor 1945 zu suchen sind, werden beleuchtet. In allen Themenbereichen wird nach Einstellungen und Verhaltensmustern der deutschen Bevölkerung und ihrer

---

[37] »Besatzung als Erfahrung von Alltag und Politik« wählten Edgar Wolfrum u.a. als Leitfaden für ihre Studie über das französisch besetzte Baden: »Die Besatzungszeit soll sowohl von den Planungen der Franzosen und den politisch handelnden Deutschen als auch von den Erfahrungen der „kleinen Leute" und ihren subjektiven Wirklichkeiten nachgezeichnet werden. Die Politik der Entscheidungsträger und der Alltag und die Wahrnehmung von „Normalbürgern" sollen verknüpft werden. Dahinter steht der Versuch, zu einem vollständigen Bild jener Jahre zu gelangen, Alltagsnot und politischen Aufbruch als zwei Seiten ein und derselben Medaille miteinzubeziehen.« Einem solchen Ansatz fühlt sich auch die Verfasserin bei der Untersuchung des Kreises Tettnang verpflichtet. Vgl. dies., Krisenjahre und Aufbruchszeit, S. 11.

Institutionen gefragt. Versorgungsengpässe, Demontagemaßnahmen und Besatzungslasten prägen bis heute die Erinnerung vieler Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an die Nachkriegszeit. Die Not- und Umbruchsgesellschaft bildete jedoch keine geschlossene »Schicksalsgemeinschaft«, wie immer wieder von Vertretern aus Politik und Wirtschaft zur Bewältigung der Nachkriegsprobleme propagiert wurde, sondern verfolgte unterschiedliche Ziele und Vorgehensweisen. Auf regionaler und lokaler Ebene läßt sich die gesamte Palette der Handlungsmuster besonders gut herausarbeiten. In diesem Sinne wird der Blick gleichermaßen auf Unternehmer, Arbeiter, Parteienvertreter oder Gewerkschafter bzw. Betriebsräte gerichtet.

Die Untersuchung ist in thematische Längsschnitte gegliedert. Auf eine chronologische Darstellung entlang den gängigen Zeitabschnitten (Kriegsende, Währungsreform, Gründung der Bundesrepublik etc.) wurde verzichtet, um nicht traditionelle Zäsuren, die vor allem aus der Politikgeschichte stammen, ungewollt zu übernehmen. Die Auswahl der Themenbereiche erfolgte nach drei Kriterien: Sie mußten Indikatoren sozialen Wandels sein, um die Frage nach den gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen in der Nachkriegszeit beantworten zu können. Sie sollten sowohl auf lokale und regionale Besonderheiten zugeschnitten sein, als auch die allgemeine sozialgeschichtliche Forschungsdiskussion reflektieren. Jedes Untersuchungsfeld sollte außerdem, soweit möglich, mit Quellen deutscher und französischer Provenienz belegt sein, um eine breite Interpretationsbasis zu erhalten. Methodisch wird versucht, Struktur- und Prozeßgeschichte mit alltagsgeschichtlichen Zugriffen zu verbinden. Bei Themenbereichen, die nur unzureichend oder durch einseitige schriftliche Quellen erschlossen werden konnten, wurde die Materialbasis durch Zeitzeugeninterviews ergänzt.[38]

Auf eine exakte zeitliche Eingrenzung der Studie wird verzichtet, da sich im Laufe der Quellenauswertung zeigte, daß eine Zäsursetzung für die Nachkriegsjahre je nach Themenbereich variabel gestaltet werden muß. Allerdings fanden die entscheidenden Weichenstellungen Ende der vierziger bzw. in den fünfziger Jahren statt, weshalb der Schwerpunkt der Untersuchung auf dieser formativen Phase der deutschen Nachkriegsgesellschaft liegt. Der Mangel an wissenschaftlicher Literatur über die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus im Kreis Tettnang zwang außerdem dazu, die Untersuchung mancher Themenfelder in den zwanziger bzw. dreißiger Jahren einsetzen zu lassen, um Aussagen bezüglich der Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität treffen zu können.

---

[38] Im Auftrag des Stadtarchivs Friedrichshafen führte die Verfasserin 1994 insgesamt 23 Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur Kriegs- und Nachkriegszeit durch. Eine Transkription der Gespräche, Voraussetzung für eine umfassende und sinnvolle Auswertung, steht noch aus. Auf Einzelzitate wurde in der vorliegenden Untersuchung bis auf wenige Ausnahmen verzichtet, dafür wurden Informationen, die sich in mehreren Interviews deckten, ohne genaue Kennzeichnung des jeweiligen Interviewpartners herangezogen. Darüber hinaus konnten durch die Leitung eines VHS-Geschichtskreises in Friedrichshafen zwei Jahre lang (1994 bis 1996) Erfahrungen mit Bürgerinnen und Bürgern ausgetauscht werden. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle gedankt.

III.

Trotz der Bedeutung der Stadt Friedrichshafen für die Bodenseeregion und der die lokalen Interessen weit überschreitenden Entwicklung in der Nachkriegszeit liegt bis heute keine geschichtswissenschaftliche Untersuchung über diese Region und diesen Zeitraum vor. Die bisher erschienenen Publikationen zu Friedrichshafen erfassen entweder einen anderen Zeitabschnitt[39] oder behandeln Einzelaspekte.[40] Die wenigen Veröffentlichungen zur Nachkriegsgeschichte erschienen meist in Form kleinerer Beiträge zur Heimatgeschichte oder als Zeitungsartikel in der Lokalpresse und lassen nur noch deutlicher die Notwendigkeit einer umfassenden wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Themas hervortreten. Jubiläumsbroschüren der Firmen und Veröffentlichungen von »Zeppelin-Anhängern« entwarfen bislang ein Geschichtsbild[41], das wichtige Aspekte des gesellschaftlichen Lebens ausklammerte und nur einen kleinen Teil der im geschichtlichen Prozeß agierenden Personen einbezog.[42] Hier wird Geschichte nicht als aktiver Prozeß unter Beteiligung verschiedener sozialer Gruppierungen und Schichtungen verstanden, sondern vielmehr unter dem Motto »Männer machen Geschichte« betrieben, wobei meist Ferdinand Graf von Zeppelin und seine »Enkel« gemeint sind. Es sind jedoch jüngst einige wichtige Untersuchungen erschienen, an denen sich die erfreuliche Tendenz zu einer Überwindung der bisherigen Herangehensweise erkennen läßt. Ohne die Publikationen von Kreisarchivar Elmar L. Kuhn wäre es in manchen Untersuchungsfeldern nicht möglich gewesen, bei der Frage nach Kontinuität und Brüchen voranzukommen. Dank seiner Aufsätze, Quelleneditionen und statistischen Materialien zu Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus lag hier eine Basis vor, auf der aufgebaut werden konnte.[43] Die meisten Veröffentlichungen sind in der Publikationsreihe »Geschichte am See« des Kreisarchivs zu finden.[44] Eine weitere für die Untersuchung herangezogene Publikation zur Friedrichshafener Stadtgeschichte behandelt das zwanzigste Jahrhundert von seinen

---

[39] So z.B. Elmar L. Kuhn, Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee (Geschichte am See 24/1-2), Markdorf 1984; Willi A. Boelcke, Friedrichshafens industrieller Aufstieg, in: ZWLG 47 (1988), S. 458-494.

[40] Anstelle einer Aufzählung der Autorinnen und Autoren sei auf die Auswahlbibliographie in den einzelnen Kapiteln und im Anhang hingewiesen.

[41] So z.B. Volker W. Geiling/Manfred A. Sauter, Zeppelins Erben. Friedrichshafen und seine Industrie, Konstanz 1988; Im Jahrhundert des Wandels. ZF 1915-1990, hrsg. v. der Zahnradfabrik AG, Friedrichshafen 1990; Karl Clausberg, Zeppelin: Die Geschichte eines unwahrscheinlichen Erfolges, München 1979.

[42] Zum seit langem beklagten Forschungsdefizit in der Bodenseeregion vgl. Elmar L. Kuhn, Geschichte und Kultur am See. Probleme, Perspektiven, Projekte (Geschichte am See 13), Markdorf 1981; ders., 10 Jahre Kreisarchiv Bodenseekreis (Geschichte am See 37), Markdorf 1989; ders., Der Bodenseeraum - Historiker-Mythos und Festredentraum?, in: Bodensee Hefte, H. 1/2, 1993. Raimund Hug-Biegelmann, Über die Wahrheit in der Lokalgeschichte. Wie Friedrichshafen der Stadtzerstörung vor 50 Jahren gedachte - Werkstattbericht und methodische Erfahrungen, in: Leben am See 12 (1995), S. 269-275.

[43] Über das Kreisarchiv des Bodenseekreises kann eine Literaturliste mit allen Veröffentlichungen des Kreisarchivs vom Mittelalter bis zur Neuzeit bezogen werden.

[44] Geschichte am See. Materialien zur Regionalgeschichte, hrsg. v. Kreisarchiv des Bodenseekreises, Bd. 1ff., Markdorf 1979ff. Daneben erscheint eine Reihe »Leben am See«. Das Jahrbuch des Bodenseekreises, hrsg. v. Bodenseekreis und der Stadt Friedrichshafen, Bd. 7ff., Friedrichshafen/Tettnang 1989/90ff. In jedem Band befindet sich ein Anhang zu den neuesten Veröffentlichungen über den Bodenseekreis. In den Bänden, die einen breiten thematischen Rahmen abdecken, finden sich einzelne kurze Aufsätze zur Regional- und Lokalgeschichte.

Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.[45] Leider wurde auf einen Anmerkungsapparat verzichtet, was die wissenschaftliche Verwendbarkeit stark einschränkte. Daneben liegen einige bislang unveröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten vor, welche der Verfasserin wichtige Anregungen zu Einzelaspekten boten.[46] Von nicht zu überschätzendem Wert waren die Literaturbestände der »Bodenseebibliothek«, eine dem Stadtarchiv Friedrichshafen angegliederte Sammlung, deren Bestände Literatur zur Geschichte und Gegenwart des internationalen Bodenseeraumes umfassen.[47]

Die Studie basiert hauptsächlich auf ungedruckten Quellen. Die wichtigsten Archivalien zur Analyse der französischen Politik sind dem »Bureau des archives de l'occupation Française en Allemagne et en Autriche« (*Französisches Besatzungsarchiv*) in Colmar entnommen.[48] Sie geben einen fundierten Einblick in die französische Nachkriegspolitik auf staatlicher, regionaler und lokaler Ebene und erfassen auch die eher »quellenarme« Zeit unmittelbar nach Kriegsende. Vor allem die »Dossiers chronologiques«, welche der Kreisgouverneur monatlich an übergeordnete Dienststellen in Baden-Baden und Paris zu schicken hatte, geben einen Einblick in gesellschaftliche Bereiche, wie sie durch deutsche Quellenbestände nicht möglich sind: politisches Klima, Parteienbildung, Verhältnis zu Gewerkschaften oder Ausführungen zur deutschen Mentalität aus französischer Sicht. Aus dem Schriftwechsel zwischen den verschiedenen französischen Instanzen können die jeweiligen Neuordnungsvorstellungen herausgefiltert und die Handlungsspielräume des Kreisgouverneurs relativ exakt bestimmt werden. Des weiteren wurden umfangreiche Recherchen im *Staatsarchiv Sigmaringen* durchgeführt.[49] Die Bestände des Oberamts Tettnang ermöglichen einen Einblick in alle sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereiche des Gemeindelebens. Besonders aufschlußreich sind die Archivbestände der »Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern 1945-59« und der verschiedenen Ministerien, vor allem des Innen- und Wirtschaftsministeriums. Hier zeigt sich auch die Bedeutung, welche der Stadt und der Region in der deutschen Nachkriegspolitik zukam. Eine anfängliche Skepsis,

---

[45] Fritz Maier, Friedrichshafen, Heimatbuch II. Die Geschichte der Stadt vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, unter Mitarbeit von Elmar L. Kuhn und Michael Holzmann, Friedrichshafen 1994.

[46] Christa Tholander, Fremdarbeiter. Ausländische Arbeitskräfte in Friedrichshafen von 1939 bis 1945, Wiss. Arbeit, Universität Konstanz 1996; Karin Ohlhauser, Demontage und Neuordnung der Friedrichshafener Industrie 1945 bis 1950. Die Beispiele Luftschiffbau Zeppelin, Maybach Motorenbau, Zahnradfabrik Friedrichshafen und Dornier, Wiss. Zulassungsarbeit, Universität Konstanz 1993. Eine Publikation beider Arbeiten wäre wünschenswert. Michael Holzmann, Friedrichshafen im 3. Reich, masch.schriftl. u. unveröff. Manuskript, München 1984. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Friedrichshafen erarbeitete Raimund Hug-Biegelmann eine Studie über den Luftkrieg in Friedrichshafen. Eine Veröffentlichung, bereits für das Gedenkjahr 1994 zur Erinnerung an die Zerstörung der Stadt vor fünfzig Jahren geplant, steht noch aus.

[47] Die Bodenseebibliothek wurde 1868 vom »Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung« in Friedrichshafen gegründet. Heute umfaßt sie über 3.000 Fachbücher und verschiedene Fachzeitschriften zur Regionalgeschichte des Bodenseeraumes. Die aus diesen Beständen herangezogene Literatur ist im Literaturverzeichnis nicht gesondert gekennzeichnet.

[48] Ein Wandel in der Einschätzung der französischen Besatzungspolitik beruhte vor allem auf der Auswertung der Bestände französischer Archive seit Mitte der achtziger Jahre. Vgl. hierzu Wolfrum, Das französische Besatzungsarchiv in Colmar, sowie Rainer Hudemann, Deutsche Geschichte in französischen Archiven. Nachkriegsakten in Colmar und Paris - Archivgut zur neueren Geschichte in Nantes, in: Der Archivar 42 (1989), S. 475-488.

[49] Im Auftrag des Stadtarchivs Friedrichshafen hat die Verfasserin zu den relevanten Quellenbeständen aus Colmar und Sigmaringen ein umfassendes Repertorium angelegt, welches dort eingesehen werden kann.

ob die Bestände auf lokaler Ebene ergiebig sein würden, war unbegründet. Trotz der Zerstörung des Friedrichshafener Rathauses im Luftkrieg und der Vernichtung wichtiger Akten[50] bot das *Stadtarchiv Friedrichshafen* reichlich Material. Das Archiv wird erst seit 1985 hauptamtlich verwaltet[51], so daß ein wissenschaftlicher Zugriff auf die Bestände bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich war. Auch die Quellenlage im *Kreisarchiv des Bodenseekreises* kann als sehr gut bezeichnet werden. Da sich die Untersuchung auf die Stadt Friedrichshafen als gesellschaftliches und wirtschaftliches Zentrum des Kreises Tettnang konzentriert, wurden im Kreisarchiv themenspezifisch selektiv Akten gehoben.[52] Für Einzelaspekte war das jüngst eingerichtete *Archiv des Luftschiffbau Zeppelin* dienlich. Seine Bestände sind vornehmlich technikgeschichtlich und wirtschaftspolitisch ausgerichtet, sie bieten jedoch auch Informationen für sozialhistorische Studien.[53] Vor allem für das letzte Kapitel der Studie zum Wandel der dörflichen Gesellschaft war ein Besuch im *Diözesanarchiv Rottenburg* unumgänglich. Als besonders ergiebig erwiesen sich hier die Protokolle der Pfarr- und Dekanatsvisitationen, welche für die Jahre 1939 bis 1959 ausgewertet wurden.[54]

---

[50] So verbrannte 1944 zum Beispiel ein Großteil der Grundbücher und Standesamtsakten.

[51] Über die Notwendigkeit einer hauptamtlichen Verwaltung des Stadtarchivs hatte der Friedrichshafener Gemeinderat bereits 1946 diskutiert: »Die Bestellung eines Stadtarchivars, wie seinerzeit ein solcher von [NS-]Bürgermeister Bärlin angestellt war, sollte wieder ins Auge gefaßt werden.« Der Nachkriegsbürgermeister Josef Mauch hielt diese Frage »noch nicht für reif genug« und stellte einen Antrag auf Vertagung. Vgl. Rathaus, GRP vom 30.10.1946. Einer schnellen Reorganisation des lokalen Archivwesens stand entgegen, daß das städtische Archiv im Krieg zerstört worden war und zunächst dessen bauliche Neuerrichtung durchgeführt werden mußte.

[52] Die Bestände des Kreisarchivs lassen problemlos weitere wissenschaftliche Projekte zu.

[53] Jedes Repertorium im Archiv des Luftschiffbau Zeppelin (LZA) ist in sechs Themenbereiche gegliedert, und zwar in »Luftschiffe«, »Personen«, »Luftschiffahrten«, »Luftschiffhallen«, »Technische Entwicklung« und »Industriegeschichte«. Im Anhang befindet sich jeweils ein Orts-, Namens- und Sachindex.

[54] Anfragen in Archiven, die ohne Erfolg blieben, werden in den einzelnen Kapiteln zur Sprache kommen.

I. Umbruchszeit: Vom Krieg zum Frieden

In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts durchlief das Oberamt bzw. der Kreis Tettnang (Umbenennung von Oberamt in Kreis 1938)[1] und vor allem die Stadt Friedrichshafen eine Entwicklung, die die ökonomischen und sozialen Strukturen der Region grundlegend und dauerhaft verändern sollte. Mit der Entscheidung des Grafen Ferdinand von Zeppelin, die günstige Lage Friedrichshafens am Bodensee für seine Luftschiffpläne zu nutzen, trat die Region in eine verspätete Industrialisierungsphase ein, die sich durch zwei Weltkriege gleich einer Fieberkurve entwickelte und unter den Folgen des Luftkrieges zunächst ein abruptes Ende fand. Friedrichshafen machte in den dreißiger und vierziger Jahren hinsichtlich der Gebietsausdehnung, des Bevölkerungswachstums und der Produktionssteigerung eine noch stärkere Expansionsphase durch als während des Ersten Weltkrieges. Aufgrund der zunehmenden Wirtschaftskraft in den Vorkriegs- und Kriegsjahren – hauptsächlich bedingt durch die Rüstungsproduktion – entwickelte sich Friedrichshafen zum wichtigsten industriellen Zentrum Oberschwabens und Südwürttembergs. In der äußeren Erscheinungsform wird dies an einer Ausdehnung der Stadtgrenzen deutlich, da die Gemeindereform von 1937/38 den veränderten Umständen Rechnung trug. Die ökonomische Bedeutung des Kreises, deren Zentrum in Friedrichshafen lag, zog bei Kriegsende Konsequenzen nach sich: Bei der Besetzung der zwischenzeitlich zum Verwaltungssitz des Kreises erhobenen Stadt fanden die französischen und marokkanischen Soldaten eine in hohem Maße durch Luftangriffe zerstörte Stadt vor. Das hinderte die Franzosen nicht daran, eine umfangreiche Besatzungsverwaltung zu installieren, da sie um die Bedeutung der Industrieanlagen wußten. Der Friedrichshafener Gewerkschafter Rudolf Denz faßte die Situation im Jahr 1946 prägnant zusammen: »Die Sonderstellung der Stadt Friedrichshafen im ganzen französisch besetzten Württemberg ist durch drei Faktoren gekennzeichnet: durch umfangreiche Zerstörungen auf allen Gebieten infolge der Kriegsereignisse, drohende Zerschlagung der Industrie und die über dem Durchschnitt stehende Besatzungsziffer.«[2] In der Folgezeit stand, und dies nicht nur auf lokaler Ebene, vor allem die Zukunft der Industrieanlagen im Mittelpunkt des französischen und deutschen Interesses, weshalb hierauf im folgenden – neben der Gebietsreform und einer Beschreibung der sozialen und ökonomischen Struktur der Region – ein dritter Themenschwerpunkt der Untersuchung gelegt werden soll. In einem weiteren Untersuchungsfeld, dem Aufbau der Verwaltung auf lokaler und Kreisebene, soll gefragt werden, welche Vorstellungen über eine Rekonstruktion bestanden, welche Handlungsspielräume der deutschen Verwaltung gegeben waren und inwieweit die französische Besatzungsverwaltung ihren Einfluß geltend machte.

---

[1] Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. VII, Regierungsbezirk Tübingen, hrsg. v. der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 535.

[2] StA Sig, WÜ 120, Bd. 1, Bü. 239, »Ein Situationsbericht von R. Denz«, o.D. [mit Rücksicht auf den Kontext 10/1946].

Die Einsicht aller zur Verfügung stehenden Quellen zeigte schnell, daß die Stadt Friedrichshafen aufgrund ihrer Bedeutung für die gesamte Region einen Fokus der Kriegs- und Nachkriegsgeschehnisse darstellte. Dies wirkte sich in den überlieferten Beständen, um nur ein Beispiel zu nennen, in einem Mangel an statistischen Quellen zur sozioökonomischen Struktur der ländlichen Region oder der Stadt Tettnang aus, welcher auch nicht durch Sekundärliteratur behoben werden konnte.

1. Der Kreis Tettnang vor 1945

1.1. Die Gemeindereform vom 1. April 1937

NS-Kreisleiter Hans Seibold erkannte sehr früh die Zeichen der Zeit und setzte sich schon ab 1935 für eine Reformierung der Kreis- und Gemeindestrukturen ein. Wie bei den Eingemeindungen der Jahre 1910 und 1914 muß die Reform der Oberamtseinteilung als Konsequenz aus der Expansion der Friedrichshafener Industriebetriebe gesehen werden. So wird im Einwohnerbuch von 1951 rückblickend festgehalten, daß durch die von Seibold forcierte Kreisreform nicht nur die Einwohnerzahl der Stadt Friedrichshafen zunahm, sondern auch die Erweiterung der Stadtgrenzen durchgeführt werden konnte, »was für die bedrückende Raumnot der Stadt besonders wichtig war.«[3] Hinzu kamen jedoch noch andere Beweggründe: Zum einen wollte sich Friedrichshafen das Gebiet Löwental (Gemeinde Ailingen) mit seinem Flugplatz einverleiben, zum anderen benötigte man Gelände zum Bau von Kasernen. Kreisleiter Seibold warb bei den Bürgermeistern des Oberamtes und dem Gauleiter für Württemberg und Reichsstatthalter Wilhelm Murr für seine Reformpläne. Am 1. April 1937 wurden seine Bemühungen von Erfolg gekrönt: Nach Zustimmung des württembergischen Gauleiters und des Innenministeriums konnte die Umgestaltung des Oberamts Tettnang vollzogen werden. Die bis dahin selbständige Gemeinde Schnetzenhausen mit ihren Ortsteilen Fischbach, Jettenhausen, Manzell, Meistershofen, Seemoos, Windhag, Spaltenstein und Waggershausen sowie Allmannsweiler und Flugplatzgelände der Gemeinde Ailingen gehörten nun zu Friedrichshafen.[4] Durch die Gemeindereform konnte die Markungsfläche der Stadt von 1.077 auf 2.735 Hektar nahezu verdreifacht werden[5], die Einwohnerzahl nahm um 28 Prozent von 18.000 auf 23.000 Einwohner zu[6]. 1946 kommentierte der pensionierte Oberlehrer und Heimatforscher Josef Mayer rückblickend das Ereignis: »Damit vollzog sich ein bedeutungsvoller Akt in der Geschichte der schwäbischen Seestadt«, da für Friedrichshafen eine unbegrenzte Aus-

---

[3] Amtliches Adreßbuch der Kreisstadt Friedrichshafen 1951/52, Friedrichshafen 1951/52, nach dem Stand vom 1. Oktober 1951, S. 16.

[4] In einer umfangreichen Sonderbeilage des »Verbo Seeblatt« mit dem Titel »Groß-Friedrichshafen ist Wirklichkeit« vom 10.4.1937 wurde das historische Ereignis gewürdigt. In einzelnen Artikeln wird jede eingemeindete Ortschaft mit demographischen und wirtschaftsstrukturellen Angaben sowie einem jeweils propagandistisch aufgemachten geschichtlichen Abriß vorgestellt.

[5] Ebd. und »Seeblatt für Kreis und Stadt Friedrichshafen, für Tettnang und die Landgemeinden« vom 6.10.1945 (zur jeweiligen Titulierung der Friedrichshafener Lokalzeitung siehe Kapitel II.4 zum Pressewesen).

[6] StadtA FN, Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung.

dehnungsmöglichkeit gegeben worden sei, und, noch im Jargon der NS-Zeit: »Denn Friedrichshafen war eine Stadt ohne Raum.«[7]

Am 9. April 1937 feierten die Initiatoren aus Stadtverwaltung und NSDAP die Eingliederung der Gemeinde Schnetzenhausen und des Wohnplatzes Allmannsweiler mit dem begehrten Flugplatzgelände[8] mit einem öffentlichen Festakt im Rathaus.[9] Daneben gab es für die Parteiführung noch einen weiteren Grund zum Feiern: Friedrichshafen war nach achtzehn Jahren (letztmals 1919) wieder Garnisonstadt geworden.[10] Die eingetroffenen Flaktruppen mußten vorerst provisorisch auf neuerworbenem Kasernengelände in Schnetzenhausen untergebracht werden. Die neuen Gemeindegrenzen blieben bis 1972 gültig, denn bei den Kreisverwaltungsreformen in Württemberg wurde 1937 ein durchaus erfolgreiches Konzept verfolgt. Um eine effektive NS-Parteiarbeit zu ermöglichen, strebte man klar gegliederte Regionen mit jeweils nur einem zentral gelegenen Mittelpunkt an.[11] Die Reform erstreckte sich über die betroffenen Gemeinden hinaus und erfaßte das gesamte ehemalige Oberamt Tettnang. Eine Verfügung des Gauleiters und Reichsstatthalters Wilhelm Murr reduzierte die Anzahl der Gemeinden von 21 auf vierzehn. Von nun an bestand das Oberamt aus den Gemeinden Friedrichshafen, Ailingen, Oberteuringen, Ettenkirch, Kehlen, Meckenbeuren, Tettnang, Eriskirch, Langenargen, Kressbronn, Langnau, Tannau, Neukirch und – bis 1938 – Schomburg.[12] Seibold konnte zufrieden feststellen: »Damit ist zum erstenmal innerhalb des Landes Württemberg eine vollkommene Überarbeitung und neue Einteilung des Oberamts durchgeführt und rechtswirksam geworden.«[13] Zum Oberamt Tettnang kamen 1938 noch weitere reformierte Kreise hinzu.[14] Die württembergische Kreisreform 1938 und das Pendant in Baden 1936 bis 1939 hatte noch einen anderen Effekt: In Württemberg reduzierte sich die Zahl der ursprünglich 61 Landratsstellen um 27, in Baden fielen von bisher 40 Stellen 13 weg; hier wurde nach dem Untersuchungsergebnis von Michael Ruck die Kreisreform »für eine stille politische Säuberung« dieser Verwaltungsebene genutzt.[15]

---

[7] AdO, c. 1181, p. 13, Friedrichshafen – seine geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung, von Josef Mayer, o.D. [mit Rücksicht auf den Kontext jedoch Herbst 1946].

[8] 1941 gab es weitere Pläne für einen »Generalausbau des Flughafens«, nach StA Sig, WÜ 65/35, Bd. 2, Bü. 519. Zur Geschichte des Flugplatzes liegt eine Festschrift vor: 75 Jahre Friedrichshafen-Löwental. Ein Flugplatz im Wandel der Zeit, hrsg. v. der Flughafen Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen 1990.

[9] Beschreibung der Feierlichkeiten im »Verbo Seeblatt« vom 12.4.1937.

[10] Zur Geschichte Friedrichshafens als Garnisonstadt seit 1814 siehe »Verbo Seeblatt/Friedrichshafener Tagblatt« (so hieß das »Seeblatt« nach der Zwangsfusionierung mit dem Friedrichshafener Tagblatt in den Jahren 1935-1940) vom 9. und 10.4.1937, ebd. die Schilderung der Feierlichkeiten. Heimatforscher Mayer hielt dazu in seinem Rückblick fest: »Damit war ein langersehnter Wunsch der Stadt Tatsache geworden. Eine Batterie Flak mit Batteriechef Hauptmann Surwald war eingetroffen, umjubelt von der Bevölkerung«, AdO, c. 1181, p. 13.

[11] Kreisleiter Hans Seibold nahm im »Verbo Seeblatt« vom 3.4.1937 zu den Reformen Stellung.

[12] Bis 1937 bestand das Oberamt aus folgenden 21 Gemeinden: Friedrichshafen, Schnetzenhausen, Berg, Oberailingen, Hirschlatt, Ettenkirch, Oberteuringen, Meckenbeuren, Liebenau, Tettnang, Eriskirch, Oberdorf, Langenargen, Kressbronn, Laimnau, Oberlangnau, Tannau, Obereisenbach, Neukirch, Flunau und Schomburg.

[13] Zitiert nach Maier, Heimatbuch II, S. 289, Bericht des Kreisleiters.

[14] Zu weiteren Fallbeispielen der württembergischen Kreisreform siehe Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart u.a. 1986, S. 317ff.

[15] Michael Ruck, Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972, München 1996, S. 175.

Die Gebietsreform im Kreis Tettnang war mit großen Widerstände nicht nur innerhalb der Bevölkerung, sondern auch beim Landratsamt, Innen- und Justizministerium verbunden gewesen: »Wenn man all die Streitigkeiten gekannt hätte, hätte man den Glauben an die Durchführbarkeit des großen Werkes verlieren können«[16], resümierte der Kreisleiter nach Abschluß der Reform. Eigentlich hätte er mit Widerständen rechnen können, denn es wurden zum dritten Mal seit der Jahrhundertwende Gemeindestrukturen durcheinandergewirbelt.[17] Es entstanden völlig neue Gemeinden, andere Gemeinden verloren ihre Selbständigkeit oder mußten beträchtliche Teile ihres Gebietes abgeben. Erleichtert wurde die Durchführung der Reformen gegen den Willen der Bevölkerung mit der Verkündung der Deutschen Gemeindeordnung 1935, die die kommunale Selbstverwaltung faktisch außer Kraft setzte. War vor allem die Tettnanger Einwohnerschaft noch 1924, 1926 und 1930 gegen Reformpläne Sturm gelaufen[18], so boten sich unter den neuen Verhältnissen einer Diktatur weniger Möglichkeiten, Protest zu artikulieren. Zwar konnte die Stadt Tettnang als Sitz des Kreises gegen den Willen des Kreisleiters ebenfalls ihr Gebiet ausdehnen, sollte aber dennoch ihre Funktion als Kreissitz verlieren. Denn ein Jahr später wurde der Kreis Tettnang mit Inkrafttreten des «Gesetzes über die Landeseinteilung vom 25. April 1938« in den »Kreis Friedrichshafen« umgewandelt.[19] Am 1. Oktober 1938 folgte die Erhebung Friedrichshafens zur Kreisstadt, der Amtssitz des Kreises verblieb aber wegen des Krieges zunächst weiterhin in Tettnang. Der Groll, den die undemokratisch durchgepeitschte Gemeindereform hervorgerufen hatte, sollte in den siebziger Jahren wiederaufkeimen, als eine weitere Kreisreform durchgeführt wurde. Auch das Konkurrenzverhältnis zwischen den Städten Tettnang und Friedrichshafen spielte in der Nachkriegszeit weiterhin eine Rolle. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhob zwar die französische Besatzungsverwaltung Tettnang wieder in den Rang des Kreissitzes, die Stadt verlor jedoch diesen Status ein weiteres Mal bei der Kreisreform von 1972. Bei dieser vorerst letzten Umstrukturierung wurden die beiden Kreise Tettnang und Überlingen (mit Ausnahme des nördlichen Teils) zum Bodenseekreis zusammengeschlossen, was eine noch tiefgreifendere Veränderung als die Reform des Jahres 1938 mit sich brachte.

Die Gebietsreform und die damit verbundene Zunahme der Friedrichshafener Stadtbevölkerung als Folge der florierenden Wirtschaft ließen sich als positive Zeichen für die weitere Entwicklung verstehen. Den vermeintlichen »Aufschwung« unterbrach jedoch der Mitte 1943 einsetzende Luftkrieg, 1944 fand er dann ein abruptes Ende. Elf Luftangriffe der britischen und amerikanischen Alliierten zwischen Juni 1943 und Februar 1945 zerstörten nahezu achtzig Prozent der Stadt, und neunzig Prozent der Industrieanlagen waren für die Produktion nicht mehr geeignet. Die Stadt Friedrichshafen stand in der Skala kriegszerstörter Städte in Württemberg an oberster Stelle. An

---

[16] Maier, Heimatbuch II, S. 289 und SZ vom 28.3.1987 mit einem Bericht zum 50. Jahrestag der Reform. Angesichts der Widerstände basierten dann auch die Gebietsveränderungen nicht auf Eingemeindungsverträgen, sondern ausschließlich auf Verordnungen.

[17] Zu Widerständen gegen die Kreisreform vgl. Schnabel, Württemberg, S. 317.

[18] Nach Karl Heinz Burmeister, Geschichte der Stadt Tettnang, Konstanz 1997, S. 272. Burmeisters Darstellung der Tettnanger Stadtgeschichte umfaßt einen Zeitraum von der Entstehung Tettnangs bis in die Gegenwart, wobei Nationalsozialismus und Nachkriegszeit jeweils zwei kurze Kapitel gewidmet sind.

[19] Schomburg wurde im Zuge der Neueinteilung dem Kreis Wangen zugeordnet.

einigen Beispielen soll gezeigt werden, wie sich die Zerstörung unmittelbar auf die Region und deren Bevölkerung auswirkte.

1.2. Die sozioökonomische Entwicklung im Kreisgebiet

Im südlichen Oberschwaben setzte die Industrialisierung relativ spät und zunächst vor allem im Raum Ravensburg ein. Mit dem zwanzigsten Jahrhundert begann dann auch im Oberamt Tettnang eine zunächst noch zögerliche, dann aber sich um so rasanter entwickelnde Phase in der bis dahin, von Friedrichshafen abgesehen, bäuerlich geprägten Region. Die Ansiedlung der Zeppelin-Werke in Friedrichshafen ab 1908 sollte den beschaulichen Charakter der Stadt als königliche Sommerresidenz und Zentrum des Fremdenverkehrs nachhaltig verändern.

Vor dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1912, unterstanden der Gewerbeaufsicht im Oberamt Tettnang etwa 180 gewerbliche Betriebe, an deren Spitze die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 59 kleinen Betrieben wie Mühlen, Bäckereien und Brauereien stand. Die Textilindustrie war, anders als im übrigen Württemberg, unbedeutend. Dagegen begünstigte ein fruchtbarer Boden und das milde Bodenseeklima die landwirtschaftliche Produktion vor allem auf dem Gebiet des lohnenden Obst- und Weinanbaus. Das gesamte Oberamt zählte bei einer Einwohnerzahl von etwa 30.000[20] rund 1.700 Industriearbeiter, von denen 567 auf die Maschinenindustrie entfielen[21]. In Friedrichshafen gab es 1912 insgesamt 56 Betriebe mit rund 900 Arbeitern bei etwa 7.000 Einwohnern. »Daneben bereichern«, wie in einer Beschreibung des Oberamts Tettnang nachzulesen ist, »noch Hunderte von Handwerkern (ohne Motorwerkstätten), Wirten, Speditions- und Handlungsgeschäften, Hausindustriearbeiterinnen für Stickerei und Ausrüsterei, ein Konsumverein, Banken, Buchhandlungen usw. das gewerbliche Leben«. Von den 900 Arbeitern waren etwa 400 im Luftschiff- und Motorenbau beschäftigt, 200 bei den seit 1849 bestehenden Eisenbahnwerkstätten und Schiffswerften sowie etwa 100 in der 1859 gegründeten Lederfabrik Hüni.[22] Von 1910 bis 1925 erhöhte sich die Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer um ein Dreifaches auf 3.058, wobei den größten Anteil die 2.600 Arbeiter der Metallbetriebe stellten. 800 Einpendler aus den umliegenden Landgemeinden deckten zusätzlich den wachsenden Arbeitskräftebedarf der Industrie. Ihnen standen ca. 1.700 Angestellte und Beamte sowie 700 Selbständige gegenüber[23]. Die Einwohnerzahl stieg im gleichen Zeitraum von 7.000 auf 11.000. Der Übergang zur Großindustrie setzte erst mit den Rüstungsaufträgen im Ersten Weltkrieg ein.[24]

---

[20] Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg 1912, S. 591; Stand der Einwohnerzahl vom 1.12.1910.

[21] Eine Darstellung zur Geschichte des Kreises Tettnang findet sich in: Bernd Wiedmann (Hrsg.), Der Bodenseekreis, Stuttgart/Aalen 1980, S. 107ff.

[22] Beschreibung des Oberamts Tettnang, hrsg. v. K. Statistischen Landesamt, Stuttgart 1915, S. 766f.

[23] Maier, Heimatbuch II, S. 211.

[24] Deutlich wird dies an der Zahl der gebauten Zeppelin-Luftschiffe: Während von 1900 bis 1913 nur 21 Luftschiffe produziert wurden, erhöhte sich deren Zahl in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 auf 92. 1918 arbeiteten über 10.000 Menschen in den Friedrichshafener Metallbetrieben für die Aufträge des Heeres und der Marine, vgl. Wolfgang Glaeser, Metaller am See. Zur Geschichte der Gewerkschaften in Oberschwaben bis 1933, hrsg. v. d. IG Metall, Verwaltungsstelle Friedrichshafen, Freiburg 1993, S.55.

Tabelle 1: Erwerbsstruktur in Friedrichshafen 1895-1970 (in Prozent)[25]

	1895	1907	1925	1933	1939	1950	1961	1970
Bevölkerung insges.	3.670	5.455	11.289	13.306	24.794	20.501	37.148	43.140
Erwerbstätige	39	40	50	48	57	45	49	46
davon Unselbständige	-	83	87	87	93	88	92	93
Landwirtschaft	8	8	6	4	5	7	3	2
Gewerbe	45	48	54	54	65	48	62	65
Metallindustrie	-	-	36	36	57	-	40	-
Handel und Verkehr	34	33	25	25	16	22	16	13

Der Gewerkschafter Rudolf Denz hielt in seinem 1946 verfaßten »Situationsbericht« über die Stadt Friedrichshafen fest: »Friedrichshafen blieb [nach dem Ersten Weltkrieg] Industriestadt. Wenn manche Leute aus anderen Industriegegenden diesen Eindruck nicht hatten, so war das landschaftlich bedingt. Die Berufsstatistik sowie der Berufsverkehr bestätigen unsere Feststellungen.«[26] Damit hatte er völlig recht, und die Aussage läßt sich ebenso auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg übertragen. Mehrheitlich fand die Stadtbevölkerung auch nach dem Krieg und vor allem ab den fünfziger Jahren ihren Broterwerb in den vier Großbetrieben.

Tabelle 2: Erwerbstätige in Friedrichshafen nach Stellung im Beruf, 1933-1970[27]

	1933	10/1946	9/1950	6/1961	1970
Erwerbspersonen insges.	6.783	7.668	9.211	18.023	19.844
davon:					
Selbständige	11,8	14,3	12,0	8,1	6,6
Mithelf. Familienangehörige	4,4	6,1	6,8	3,7	2,4
Beamte und Angestellte	25,5	22,1	26,0	32,6	43,4
davon Angestellte	16,6	17,2	-	-	36,4
Arbeiter	46,1	40,2	55,3	50,0	47,0

Im gesamten Oberamt Tettnang waren 1933 von 10.542 Gewerbebeschäftigten 72 Prozent in Industrie und Handwerk tätig, etwa die Hälfte davon (3.540) im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, was wiederum 19 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachte. Des weiteren fanden 11 Prozent im Handel und 16 im Verkehr und Gaststättengewerbe eine Tätigkeit.[28] Die Zahl der Arbeiter im Kreis Tettnang erhöhte sich im Bereich »Industrie- und Handwerksbetriebe« von 1933 bis 1937 um 220 Prozent.

---

[25] Nach Gerhard Raichle u.a., Die »ausgesperrte« Geschichte: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus in Friedrichshafen (Geschichte am See 26), Markdorf 1985, S. 352f.

[26] AdO, c. 1181, p. 13, Bericht [10/1946].

[27] Die Statistik basiert auf Angaben in: Württembergische Jahrbücher 36/2, S. 111; Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 90, Teil 1, S. 209 sowie Bd. 161, H. 2, S. 295. Die »Württembergischen Jahrbücher« sind von 1818 bis 1939 in 98 Einzel- und 12 Doppeljahrgängen unter verschiedenen Titeln erschienen. Ab 1951 fand die Reihe ihre Fortführung.

[28] Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1936/37, Stuttgart 1938, S. 283, u. 294f.

In diesem Jahr waren in 153 Betrieben (+ 76% gegenüber 1933) 12.476 Arbeiter (+ 224%) und 516 Arbeiterinnen (+ 153%) beschäftigt.[29]

Die Industrieansiedlungen am Bodensee mit ihrem zunehmenden Arbeitskräftebedarf ließen die Einwohnerzahlen vor allem der Stadt Friedrichshafen in die Höhe schnellen. Im Juni 1945 teilte der seit zwei Tagen kommissarisch eingesetzte Bürgermeister von Friedrichshafen Dr. August Bertsch dem USSBS War Departement in den USA mit, daß die Bevölkerungsstatistiken der Stadt bei Luftangriffen im April 1944 vernichtet worden seien. Danach seien bis zum Kriegsende keine weiteren Erhebungen erfolgt. Vor allem über die Zahl der Ausländer lägen keinerlei Unterlagen vor. Angaben zur demographischen Entwicklung, zumindest für die Stadt, sind gleichwohl möglich, da Bertsch aufgrund der Volkszählung vom 17. Mai 1939 in Zusammenarbeit mit dem städtischen Meldeamt eine Statistik erstellte und diese durch Schätzungen ergänzte. Problematisch blieb dabei laut Bertsch allerdings die Aufteilung in Geschlechter, Altersstufen und Nationalitäten.[30]

Tabelle 3: Die Einwohnerzahlen von Friedrichshafen 1900 bis 1945[31]

Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner
1900	4.627	1942	26.650
1910	7.041	1943	27.168
1914	11.289	Jan. 1944	27.011
1925	11.718	Febr.	26.854
1930	12.000	März	25.667
1932	13.241	April	24.954
1933	13.306	Mai	8.850
1935	15.700	Juni	8.300
1936	16.000	Juli	8.500
1937	23.000	Aug.	7.300
1938	23.500	Sept.	7.650
1939	25.041	Okt.	7.402
1940	26.018	Nov./Dez.	7.871
1941	27.491	1945	14.303

Von 1933 bis 1940 verdoppelte sich die Zahl der Einwohner. Hierbei ist aber die Eingemeindung von 1937 zu berücksichtigen, die eine Zunahme um zirka 5.000 Einwohner brachte. Damit hatte Friedrichshafen viermal so viele Einwohner wie die ehe-

---

[29] Ebd., S. 306. Da für den Kreis Tettnang für dieses Jahr keine Einwohnerzahlen vorliegen, wird auf prozentuale Angaben verzichtet. 1935 hatte der Kreis Tettnang 39.107 Einwohner, nach Staatshandbuch für Württemberg, 1936.

[30] StadtA FN, Schreiben vom 30.6.1945.

[31] Die Tabelle wurde zusammengestellt aus: Württembergische Jahrbücher, Jg. 1936/37, Stuttgart 1938, S. 210; StadtA FN, Bevölkerungsstatistik in einem Schreiben des Bürgermeisters an den Kreisgouverneur vom 4.6.1946; die differenzierten Zahlen von 1944 sind dem »Seeblatt« vom 6.10.1945 entnommen. Insgesamt weichen die Zahlenangaben aus verschiedenen Quellen – je nachdem, in welchem Monat sie erhoben wurden – leicht voneinander ab, so z.B. in StA Sig, WÜ 140, Bd. 1, Bü. 515.

malige Kreisstadt Tettnang[32], und etwa die Hälfte der gesamten Kreisbevölkerung lebte am Vorabend des Zweiten Weltkrieges auf städtischer Gemarkung.[33] Der Höchststand der Friedrichshafener Einwohnerzahl ist zwischen 1941 und 1943 zu verzeichnen.[34] Der niedrigste Stand mit 7.300 Einwohnern im August 1944 entspricht nahezu der Größenordnung aus dem Jahr 1910. Ursachen hierfür liegen in der Bombardierung der Stadt und in umfangreichen Evakuierungsmaßnahmen. Der Anteil der Frauen ab sechzehn Jahren an der Gesamtbevölkerung stieg von 1939 bis September 1945 von 36 auf 40 Prozent, der der Kinder unter sechzehn Jahren von 16 auf 28 Prozent.[35] Die Zahl der Haushaltungen stieg von 3.250 im Jahr 1933 auf 5.781 im Jahr 1943 und sank im Jahr darauf auf den Niedrigststand von 1.675.[36] Hinsichtlich dieser Entwicklung stellte das Innenministerium im Jahr 1948 rückblickend fest, »daß die Stadt seit 1933 (damals hatte sie im jetzigen Umfang 13.000 Einwohner mit sehr wenig Arbeitslosen trotz schlechter Beschäftigung der Industrie) einen ganz außergewöhnlichen Aufschwung gehabt hat. In die Stadt wurden mehr und mehr Arbeitskräfte hineingepreßt von allen Teilen Deutschlands, meist ohne Familie. (Friedrichshafen hatte den größten Männerüberschuß von Württemberg und, mit Ausnahme der Marine- und Werftstätten, auch von Deutschland.) Im Krieg kamen noch ausländische Arbeitskräfte hinzu.«[37]

Die Kreis- und Stadtbevölkerung gehört bis heute mehrheitlich der katholischen Konfession an.[38] Lag der Anteil Mitte des 19. Jahrhunderts noch bei 94 Prozent gegenüber sechs Prozent Protestanten, so sank er bis 1910 leicht um vier Prozent und bis 1933 bei einer Einwohnerzahl von 35.748 um weitere fünf auf 85 Prozent gegenüber 14 Prozent Protestanten.[39] In Friedrichshafen gab es Mitte der zwanziger Jahre 72 Prozent Katholiken und 27 Prozent Protestanten.[40] Das vorherrschende katholische Milieu war in der Stadt mit einer ausgeprägten Vereinskultur verbunden, die unumstritten dominierende Zentrumspartei vertrat bis 1933 die Interessen der Stadt- und Landbevölkerung, und die Gewerkschaften beklagten bis in die fünfziger Jahre hinein eine

---

[32] Dieses Zahlenverhältnis, welches sich seit der Ansiedlung der Industriebetriebe in Friedrichshafen zu entwickeln begann, blieb auch in der Folgezeit in etwa festgeschrieben. Im Jahre 1871 lag die Einwohnerzahl von Friedrichshafen mit 6.689 nur leicht über der von Tettnang (5.288), nach: Das Land Baden-Württemberg, S. 539.

[33] StadtA FN, Notizen für den Besuch der Staatsregierung.

[34] Hier ist es mit Rücksicht auf die widersprüchlichen Quellen nicht möglich, konkretere Aussagen zu machen. Das »Seeblatt« vom 6.10.1945 datiert den Höhepunkt auf 1942 mit 27.849 Einwohnern.

[35] Friedrichshafen hatte im September 1939 25.147 Einwohner, davon 9.125 Frauen und 4.132 Kinder; im September 1945 hatte die Stadt 13.105 Einwohner, davon 5.276 Frauen und 3.705 Kinder, nach: Das Land Baden Württemberg, S. 539.

[36] Zahl der Haushaltungen 1925 (2250), 1930 (3100), 1933 (3250), 1936 (3800), 1938 (5400), 1939 (5700), 1940 (5817), 1941 (5852), 1942 (5671), 1943 (5718), 1944 (1675), 1945 (3044), StadtA FN.

[37] StA Sig, WÜ 42, Bd. 22, Bü. 1087, Abt. V Gruppe Landesplanung (welche ab 1952 zum Regierungspräsidium Tübingen gehörte), Schreiben vom 9.9.1948. Die eingeklammerten Passagen entsprechen dem Originaltext.

[38] Zur lokalen katholischen Kirche im Nationalsozialismus siehe die Beiträge von: Elmar L. Kuhn, Ecclesia triumphans-militans-patiens. Die katholische Kirche in Friedrichshafen 1900-1945, in: Siegfried Tann/Bernd Wiedmann (Hrsg.), Kirchen in Friedrichshafen. Geschichte und Kunst, Friedrichshafen 1989, S. 97-116; ders., Kreuz und Hakenkreuz. Die katholische Kirche in Friedrichshafen 1933-1945, in: Leben am See 11 (1994), S. 191-203.

[39] Kuhn, Kreuz und Hakenkreuz, S. 357.

[40] Amtliches Einwohnerbuch der Stadt Friedrichshafen a.B. und des gesamten Kreises Tettnang 1927/28, Friedrichshafen 1927, Einleitung.

traditionelle Organisationsfeindlichkeit der einheimischen Arbeiterschaft, die nur einmal, in der revolutionären Phase 1918/19, durchbrochen worden sei.[41] Als Grund wäre hier anzuführen, daß viele Arbeiter aus der Provinz nach Friedrichshafen einpendelten, somit eher als »Arbeiterbauern« zu bezeichnen sind und sich durch eine tiefe Verwurzelung in ihrer ländlichen Herkunft auszeichnen. Ein reger Siedlungsbau des Luftschiffbaus Zeppelin ab 1934 mit Einfamilienhäusern, Vorgärten und entsprechender Infrastruktur bot darüber hinaus der städtischen und von auswärts angeworbenen Arbeiterschaft die Möglichkeit einer auskömmlichen Existenz. In beidem mag mit ein Grund liegen, daß Friedrichshafen trotz seines hohen Arbeiteranteils nie den Charakter einer typischen Industriestadt hatte. Politische Initiativen innerhalb der lokalen Arbeiterbewegung gingen hauptsächlich von zugereisten Arbeitern aus. Entscheidend blieb aber das ausgeprägte katholische Milieu, das sich in der als württembergische »Zentrumshochburg« bekannten Region auch deutlich in den letzten Reichstagswahlen niederschlug.[42] Am 5. März 1933 erhielt die NSDAP in Friedrichshafen »nur« 31,7 Prozent der Stimmen, im Oberamt sechs Prozent mehr, womit beide Wahlergebnisse deutlich unter dem Reichsschnitt lagen. Stärkste Kraft blieb in Friedrichshafen das Zentrum (38 Prozent), es konnte sogar gegenüber der Wahl vom November 1932 noch einige Stimmen hinzugewinnen, wogegen im Oberamt das Zentrum seine absolute Mehrheit verlor (1932: 55 Prozent; 1933: 46 Prozent). In einem traditionell »roten« Friedrichshafener Wahlbezirk mit der Arbeitersiedlung »Zeppelindorf« verlor die KPD zwar gegenüber 1932 16 Prozent, ging aber dennoch als stärkste Partei hervor, gefolgt von der NSDAP, der SPD und dem Zentrum.[43] Die Kreisstadt Tettnang wählte das Zentrum mit auffallenden 56 Prozent, die NSDAP ging mit 33 Prozent etwas stärker als in Friedrichshafen aus der Wahl hervor. KPD und SPD konnten nur je drei Prozent der Stimmen erlangen.[44]

Bis zum 21. Juni 1943 lebte die Bevölkerung in einem Strudel aus wirtschaftlicher Expansion, fieberhafter Bautätigkeit und einer rapiden Zunahme der Einwohnerzahlen durch Garnisonsoldaten, angeworbene Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene (s. unten) und Flaksoldaten. Dann trat das ein, was die Menschen bislang verdrängt hatten, denn »niemand dachte so recht an einen richtigen Angriff.«[45] In einem Nachtangriff der Royal Air Force fielen die ersten Bomben in der Region, welche den Werken von Luftschiffbau Zeppelin galten und auch verschiedene Arbeitersiedlungen trafen. Dieses Bombardement nimmt heute noch eine bedeutende Rolle in der britischen Luftkriegsliteratur ein, weil es einer der ersten Präzisionsflüge

---

[41] In den nachfolgenden Kapiteln werden diese hier nur kurz skizzierten Bereiche noch ausführlicher behandelt.

[42] Nach den Zusammenhängen von Konfession und Politik in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus fragt Cornelia Rauh-Kühne in einer Studie über die Stadt Ettlingen mit ihrem ausgeprägten katholischen Milieu: dies., Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991.

[43] Wahlbezirk »Dorfkrug«: Zahl der Stimmen 1933/1932: KPD 193/238; NSDAP 179/100; SPD 154/96; Zentrum 107/82. Über die sog. »Machtergreifung« in Friedrichshafen liegen inzwischen mehrere Darstellungen vor, wogegen sich die Beschreibung der Ereignisse im Oberamt auf statistische Zahlenangaben beschränken. Zu Friedrichshafen liegen folgende Untersuchungen vor: Holzmann, Friedrichshafen im 3. Reich; Maier, Heimatbuch II, S. 232ff.; Friedrichshafen in Diktatur, Krieg und Besatzungszeit 1933-1950, hrsg. v. d. Stadt Friedrichshafen, Friedrichshafen 1994.

[44] Burmeister, Geschichte der Stadt Tettnang, S. 264.

[45] StadtA FN, Chronik der Pfarrgemeinde St. Nikolaus in Friedrichshafen von Pfarrer Robert Mayer, 1952.

gegen ein exakt bestimmtes industrielles Ziel war und dabei neu entwickelte Angriffstechniken erprobt wurden. Die Industrieanlagen der Luftschiffbau Zeppelin GmbH waren dem britischen Geheimdienst als die größte deutsche Produktionsstätte für mechanische Teile der sogenannten »Würzburg-Radargeräte« bekannt. Im Einsatzbefehl für den Angriff am 21. Juni hieß es einleitend: »Eine Ausschaltung des Friedrichshafener Werkes verspricht daher den größtmöglichen Schlag gegen das deutsche Radar-Programm«.[46] Die von Hitler geplante Serienfertigung der sogenannten »Vergeltungswaffe« V2 ab Juni 1943 konnte nach diesem Angriff nicht mehr begonnen werden. Von diesem »Nebenerfolg« ahnten die Briten nichts. Es gab erstmals Tote (44), Verwundete (155) und obdachlose Familien (260).[47] Die Altstadt blieb unberührt. Ähnlich verlief der zweite von insgesamt elf Angriffen in der Nacht vom 7. auf 8. Oktober 1943 mit 18 Toten, 52 Verwundeten und 325 Obdachlosen.

Obwohl der Krieg Einzug in Friedrichshafen gehalten hatte, seien die Altstadtbewohner optimistisch geblieben, wie der damalige Vikar Robert Mayer zu beobachten glaubte: »Im allgemeinen aber empfand die Bevölkerung es als sehr beruhigend, daß es sich gezeigt hatte, daß tatsächlich die Angriffe dem Industriegelände galten, und daß man gut zielen konnte.«[48] Mit der Eskalation des Weltkrieges und dem festen Willen der Alliierten, dem Unrechtsregime ein Ende zu setzen, wuchs aber auch die Not im Kreisgebiet und der Kernstadt von Friedrichshafen. Stadtpfarrer Mayer bezeichnete in seiner »Chronik der Pfarrgemeinde St. Nikolaus«, die er rückblickend im Jahr 1952 niederschrieb, vor allem das Jahr 1944 als »Schicksalsjahr der Stadt«. Bei den ersten amerikanischen Tagangriffen vom 16. und am 18. März gab es über 90 Tote und 135 Verwundete. Ziel war diesmal die Flugzeugfertigung von Dornier. Zwar blieb die Altstadt wieder verschont, aber die städtischen Randgebiete wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Vikar Mayer, dessen Pfarrgemeinde St. Nikolaus in der Altstadt lag, sorgte sich hauptsächlich um seine Gemeindemitglieder: »Selbst noch am Nachmittag des 24. April 1944, als vor dem Hafenbahnhof eine Luftmine niederging und in der Karlstraße verschiedene Brandbomben, konnte man danken, daß der Stadtkern verschont blieb.«[49] Was dann folgte, verhalf Friedrichshafen zu der traurigen Berühmtheit, in der Reihe von total zerstörten Städten wie Stuttgart, Pforzheim und Dresden genannt zu werden. Pfarrer Mayer erinnerte sich in seiner Chronik folgendermaßen: »Da kam die Nacht vom 27. auf den 28. April. Gegen 2 Uhr schreckten die heulenden Sirenen die Bewohner aus dem Schlaf, und etwa eine Stunde später gab es kein altes, gemütliches Friedrichshafen mehr. Die ganze Stadt stand in Flammen.«

---

[46] Vgl. hierzu den Aufsatz von Raimund Hug-Biegelmann: Friedrichshafen und die Wunderwaffe V2. Das ehemalige Wehrmachtsgelände bei Raderach und die Luftschiffbau Zeppelin GmbH, in: Leben am See 11 (1994), S. 302-316. Zu den Anfängen in Friedrichshafen schreibt Hug-Biegelmann: »Ab dem Spätsommer 1941 wurde von der Heeresversuchsanstalt Peenemünde [...] bei der Firma Luftschiffbau Zeppelin GmbH Friedrichshafen (LZ) die Produktion von Triebwerksbehältern, Hecks, Mittelteilen und die Serienmontage ganzer Geräte des Aggregates 4, der späteren V2-Rakete, vorbereitet [...]. Ab 1942 wurde vom Heer im Wald zwischen Efritzweiler und Raderach das für die Endabnahme der bei LZ gebauten Teile und Raketen notwendige Prüffeld einschließlich einer Anlage zur Erzeugung flüssigen Sauerstoffes, das Hauptantriebsmittel der Fernrakete, gebaut.« Das Montagewerk nahm nach Peenemünde den zweiten Rang ein, vgl. S. 314. Vgl. hierzu auch Heinz Dieter Hölsken, Die V-Waffen. Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz, Stuttgart 1984.

[47] Zahlen nach der Sonderbeilage der SZ vom 28.4.1984. Die Zahlenangaben variieren in den verschiedenen Quellen; im folgenden werden diejenigen des StadtA FN und der SZ herangezogen.

[48] StadtA FN, Chronik der Pfarrgemeinde St. Nikolaus, ebd. die weiteren Zitate.

[49] Tagangriff vom 24.4.1944 mit 30 Toten und 50 Verwundeten.

Ob die Stadt bis zu diesem Zeitpunkt als »gemütlich« bezeichnet werden konnte, bleibe dahingestellt. Betroffen war nun erstmals das gesamte Stadtgebiet und zum sechsten Mal die Industriegebiete mit den angrenzenden Arbeitersiedlungen.[50] Der Angriff galt neben Dornier hauptsächlich der Zahnradfabrik, wie aus den Einsatzunterlagen der Alliierten zu ersehen ist. Bereits 1943 hatten sie Flugblätter über Deutschland abgeworfen und auf die Bedeutung der Zahnradfabrik in der Rüstungsproduktion hingewiesen.[51] Diesmal hatte die Stadt 136 Tote, 375 Verwundete und 17.000 Obdachlose zu verzeichnen[52], die Einwohnerzahl sank um zwei Drittel von 24.954 auf 8.850.[53] Worüber sich heute noch Zeitzeugen entrüsten, ist der Umstand, daß die Organisation Todt allabendlich ihre Benzintankwagen auf dem Kirchplatz abgestellt hatte und diese nach ihrer Explosion erhebliche Brandschäden anrichteten. Zahlreiche Löschzüge der Feuerwehr warteten auf den vorgeschriebenen Einsatzbefehl, der wegen des Zusammenbruchs des Nachrichtensystems jedoch nicht erfolgen konnte. So mußten die Einwohner mehr oder weniger tatenlos zusehen, wie die Altstadt niederbrannte.[54] Der größte Teil der Bevölkerung, »vor allem die Kinder«, wurde evakuiert. »Es war eine Stadt in ständiger Angst, ohne Kinder, ohne Freude, in Rauch und Trümmern.«[55] Bei einem Tagangriff am 18. Juli 1944 wurden die Werkanlagen von Dornier in Manzell zerstört.[56] »Und am 20. Juli folgte«, laut der Chronik von Stadtpfarrer Mayer, »der schwerste von allen Angriffen auf die Stadt, morgens um 11 Uhr.«[57] Es waren 255 Tote und 109 Verwundete zu beklagen[58]. Besonders traumatisierend wirkte auf die Bevölkerung der Umstand, daß es allein in einem Luftschutzkeller des Autohauses Müller in der Innenstadt 93 Tote gab. Der grauenerregende Anblick, noch heute bei den Zeitzeugen unvergessen, offenbarte die Schutzlosigkeit der Bevölkerung. Dieses Ereignis zerstörte ihre Hoffnungen auf eine doch noch überraschende Wende des Krieges zugunsten des Deutschen Reiches. Die in die Stadt zurückströmenden Bewohner wurden von Kreisleiter Seibold empfangen, der durch die Trümmer fuhr und ihnen über einen Lautsprecher mitteilte, daß der »Führer« lebe und von der »Vorsehung« gerettet worden sei. Erst Tage später drang die Nachricht durch, daß am selben Tag, an dem der Angriff stattfand, ein Attentat auf Hitler mißglückt war. Bis zum

---

[50] Über die Frage, ob die Zerstörung der Altstadt eine gezielte Taktik von Luftmarschall Harris zur Zermürbung der deutschen Bevölkerung war (»reine Absicht, zunächst die Zivilbevölkerung auszuschalten«, wie v.a. Zeitzeugen behaupten, hier z.B. in einem Leserbrief der SZ vom 7.11.1995) oder ob die Bombardierung der Industrie galt, wird auf lokaler Ebene – emotional und ideologisch aufgeladen – konträr diskutiert. Involviert ist hier auch die Frage, auf welchen Angriff der »Untergang« der Stadt zu datieren sei. Vor allem diejenigen Zeitgenossen, die an der Verteidigung der Stadt beteiligt waren, bestehen auf den 28.4.1944. Nicht nur der Historiker Hug-Biegelmann (der deshalb der »Geschichtslüge« bezichtigt wurde), sondern auch Stadtpfarrer Robert Mayer (siehe unten) betonen dagegen die verheerenden Auswirkungen der Angriffe vom 20.7.1944. Geschichtswissenschaftler und Zeitzeugen stehen sich unversöhnlich gegenüber. Siehe dazu den Aufsatz von Hug-Biegelmann, Über die Wahrheit in der Lokalgeschichte, S. 269ff.

[51] SZ vom 2.5.1994.

[52] Ebd. und »Südkurier« vom 28.4.1994.

[53] Nach einer Bevölkerungsstatistik des »Seeblatt« vom 6.10.1945.

[54] SZ vom 2.5.1994. In den meisten der von der Verfasserin durchgeführten Zeitzeugeninterviews fand dieses Ereignis Erwähnung.

[55] StadtA FN, Chronik der Pfarrgemeinde St. Nikolaus.

[56] Dabei gab es einen Toten und 27 Verwundete.

[57] StadtA FN, Chronik der Pfarrgemeinde St. Nikolaus.

[58] Laut amerikanischer Nachkriegsuntersuchung 209 Tote, davon 90 Kriegsgefangene und 9 weitere Ausländer, nach SZ vom 20.7.1994.